

# Voller, Tapezierer u. Portefeuller Zeitung

Organ

des Deutschen Voller, Tapezierer u. Portefeuller Verbandes

Inserate kost. die sechsgep. Nonp. Zelle 60 Pf.

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüdenstraße 10 b<sup>III</sup>  
Zersprecher: Amt Moritzplatz Nr. 2120

Erscheint alle 8 Tage

## Die Gewerkschaften und die neue politische Situation.

Wir glauben, in den beiden Artikeln in Nr. 4 in aller Kürze nachgewiesen zu haben, daß die Gewerkschaften den politischen Geschehnissen keineswegs völlig gleichgültig gegenüberstehen dürfen, daß vielmehr die Grundlagen ihrer Existenz, die Wirksamkeit, von der Politik, die jeweils gemacht wird, bedingt abhängig ist.

Die Befürchtung, daß eine rechtsgerichtete Regierung aus Ruder gelangen werde, hat sich nunmehr leider bewahrheitet. Das Kabinett unter Reichsminister Dr. Luther hat die Regierung angetreten und überraschenderweise eine Erklärung, in welcher Weise es zu regieren gedenkt, abgegeben, die es unerkäulich erscheinen läßt, warum das Kabinett März eigentlich besetzt wurde. Das heißt nur für den unverständlichen, der noch an Treu und Glauben festhält. Man muß sich aber daran erinnern, was die „nationalen“ Parteien vor den Wahlen alles gegen die Republik und die Politik der Regierung März unternehmen haben. Das alles haben diese Parteien anscheinend bereits vergessen, — das heißt, wenn Treu und Glauben noch etwas bei ihnen gelten würden, könnte man es annehmen. Nach den Erfahrungen aber, die wir mit diesen Parteien bereits gemacht haben, muß man wieder damit rechnen, daß sie ihre Bekenntnisse zur Weiterführung der bisherigen Regierungspolitik ebenso schnell vergessen, wie sie ihre vorherigen Forderungen bei Seite gestellt haben. Es ist daher verständlich, daß die Linksparisien, vor allem SPD., Demokraten und Zentrum, der neuen Regierung mit stärkstem Mißtrauen gegenübersehen.

Für die SPD. hielt der Abgeordnete Breitschmid eine prachtvolle Rede. Er kennzeichnete das Kabinett Luther als eine Tappe auf dem Wege zur Wiederherstellung der Monarchie, was der deutschnationale Abgeordnete Ewertling durch ein: „Gott sei Dank!“ bestätigte. Dadurch wird die Sachlage wie mit Bleistift verzeichnet. Herr Ewertling hat die wahren Absichten der Rechtsparisien etwas vorzeitig verraten und die Parteien aufgeleitet. Wir wußten freilich auch ohnebein, was gespielt wird, und um was es geht.

Einer der neuen Männer, Herr von Schlieben, hat als Ministerialdirektor am 14. Januar 1924 an den Arbeitsminister das Ersuchen gerichtet, daß die Beschäftigungsanstalten angewiesen werden sollten, die Arbeiterlöhne nicht zu erhöhen. Dieser Herr ist jetzt Finanzminister, er besitzt auch ein Ordenspatent, welches ihm der „Prinz von Gottes Gnaden“ Eitel Friedrich, ausgestellt hat als Herrnwesler des Johanniter-Ordens. Als Ordensritter schaltete Herr von Schlieben dem Prinzen Treue und Gehorsam, als Minister legt er aber auch der Republik und ihrer Verfassung den Eid der Treue ab. Wie sich das zusammensetzt, wird dem schlichten Volkstand gewöhnlicher Sterblicher nicht recht klar sein. In den Kreisen der Obersten der Nation scheint indes dieser Doppelspieler und diese Anpassungsfähigkeit zum „guten Ton“ zu gehören.

Im übrigen steht der neue Finanzminister in Gewerkschaftskreisen und insbesondere bei der Beamtenchaft nicht gerade in guter Erinnerung. Man sagt ihm nach, daß er wohl für die höheren Beamten besorgt war, dagegen hätte er für die anderen Gruppen um so viel geringeres Interesse. Man sagt auch, daß die rigorose Handhabung des Beamtenabbaues hauptsächlich auf sein Konto komme. Mit den Vertretern der Gewerkschaften verhandelte er nur, wenn es ihm paßte, nicht selten stellte er diese nur vor ein „Entweder—Oder“.

Was man von den Herren Schiele, Neuhaus usw. zu erwarten hat, erkennen sich wohl nicht allzuweit von dem, was der Finanzminister ahnen mag. So erschließt das neue Regierungskabinett in einer eigenartigen Beleuchtung, und die Frage drängt sich einem von selbst auf, kann das lange Bestand haben?

In dieser Situation ist das einzig Tröstliche, daß dieses neue Kabinett vollständig von der Gnade des Zentrums abhängig ist. Der Abg. Fehrenbach als Sprecher des Zentrums hat dem auch klipp und klar

geklagt, das Zentrum habe nur aus staatspolitischen Erwägungen sich zu dem Entschluß durchgerungen, sich an diesem Kabinett zu beteiligen. Es lehne aber jede fraktionelle Bindung ab und behalte sich die aufmerksamste Prüfung der künftigen Politik vor. Mit ernster Sorge für das weitere Geschick Deutschlands beginne diese Regierungsperiode, vermehrt durch die ernste außenpolitische Lage und das Loos der Volksteile im besetzten Gebiet. Die Zentrumsfraktion werde die neue Regierung nicht nach ihren Worten, sondern nach ihren Taten beurteilen.

Mit dieser Einschränkung will das Zentrum das neue Kabinett unterstützen und dem Vertrauensantrag der Rechtsparisien zustimmen. Die Sozialdemokraten und Kommunisten sprechen dem Kabinett ihr Mißtrauen aus.

Ein weiteres erfreuliches Moment ist es in dieser schweren Zeit, daß man auch in den führenden Kreisen der christlichen Gewerkschaften erkannt hat, um was es geht. Man ist sich anheimelnd völlig klar darüber geworden, daß das Unternehmertum die christlichen Gewerkschaften lange genug zur Spaltung der Macht der Arbeiterklasse benutzt hat. Endlich hat man eingesehen, daß dieses Unternehmertum geführt wird von rücksichtslosesten Elementen, die in jeder Hinsicht reaktionäre Interessen verfolgen. So hat das Organ des Herrn Stegerwald das Treiben der Schwerindustrie geißelt, die sich nicht scheut auf Kosten der hart geprüften Arbeiter Nordbau zu treiben. Bekannt ist ihr Verlangen, das Zweischichtensystem zu verewigen und eine Anpassung der Löhne an die Preisentwicklung zu verhindern.

Das Blatt schrieb kürzlich: „Gegen die amüsanten Stellen, die berufen sind, in der Anbahnung gesünder sozialer Verhältnisse tätig zu sein, wird ein hartnäckiger Kampf geführt. Staatliche Schlichtungsstellen werden sabotiert, Tarifverträge zerstückelt. Die gelben Arbeitervereine werden geschädelt. Dem eckigen Arbeiter läßt man die Macht des Arbeitgeber so fühlen, als ob nur Ordnung herrschen könnte, wenn man der Arbeiterschaft das Knie auf die Brust und die Faust aufs Auge hatte.“

Gerade in Westdeutschland, wo die Schwerindustrie dominiert und wo die Arbeiterschaft während des Ruhrkampfes sich so heroisch verhalten hat, wird nun vom Unternehmertum die härteste Pression auf die Arbeiterschaft ausgeübt. Trotz Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit lange Arbeitslosigkeiten, Lohndruck, schlechte Behandlung, von Menschenachtung keine Spur. Das ist der Dank des Teufels in Menschenschale.

Wie gesagt, auch im Lager der christlichen Gewerkschaften hat man eingesehen gelernt, daß die Unternehmer keinen Unterschied machen unter den Rechte Fordernden. Wer menschenwürdige Arbeitsverhältnisse, Lohn und Behandlung verlangt, ist in den Augen der Unternehmer ein Verbrecher. Mag der Arbeiter sich für den Unternehmer aufopfern, das ist seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit. Ansprache hat er keine zu stellen, er hat zu appropieren, was man ihm gnädigst zu gewähren geruht. Man sieht an diesem Gebaren, daß die Unternehmer selbst am eifrigsten daran arbeiten, den Akt abzulösen, auf dem sie heute noch sitzen. Wenn selbst die geduldigen Christlichen die Dinge so klar erkannt haben, dann wird eines Tages die Stunde kommen, wo abgerechnet wird.

In diesen Zusammenhängen steht selbstverständlich der zwingende Grund, warum die Gewerkschaften an dem Gang der Politik, die von den maßgebenden Stellen im Deutschen Reich gemacht wird, auf das stärkste interessiert sind. Es besteht kein Zweifel, daß der Einfluß der Großindustrie auf die Regierungskreise ein ausschlaggebender sein muß, bei einer Zusammenfassung, wie sie das neue Kabinett aufweist.

Unsere Leser werden es deshalb verstehen, wenn wir trotz der Erklärung des Herrn Fehrenbach gelinde Zweifel hegen, ob das Zentrum infolge sein wird, dem Kabinett Luther rechtzeitig in den Arm zu fallen, bevor seine Minister in ihren Refortis allerlei Unheil angerichtet haben.

Man will die Regierung nach ihren Taten be-

urteilen, nicht nach ihren Worten. Nun ja, das hört sich ganz schön an in der Theorie. Wie aber steht es damit in der Praxis? — Kann nachträglich an den Taten der Regierungsmänner viel geändert oder wieder gutgemacht werden, wenn erst Unheil angerichtet ist? Wohl schwerlich! Und dann ist ja auch zu bedenken, ob sich im Laufe der Zeit nicht auch im Zentrum eine Gesinnungsänderung vollzieht. Einstweilen gibt uns ja die Haltung der christlichen Gewerkschaften noch einige Hoffnung, daß das Zentrum die von ihm bisher eingeholene politische Linie nicht so leicht verläßt, denn es braucht diese Gewerkschaften als Fundament seiner eigenen Stärke.

In diesem Zusammenhange interessiert auch die Haltung der Kommunisten. Ruth Fischer warf den Sozialdemokraten vor, sie tragen die Schuld, daß die Schwerindustrie den von ihr verfolgten Kurs habe steuern können. Das ist freilich ein billiges Argument, so etwas zu behaupten ist leichter als den Nachweis zu führen, wie das hätte verhindert werden können, ohne das deutsche Volk in noch größeres Elend hinein zu treiben als das, in dem es ohnehin schon leidet. Dann sagte die Fischer wieder: „Das Proletariat erkennt, daß jetzt der Moment gekommen ist, wo die deutsche Schwerindustrie ihren Prostanten an der kolonialisierten deutschen Wirtschaft nur bekommen kann, wenn der Kurs gegen die Arbeiterschaft schärfer angezogen wird, wenn der Zwölftundentag zum Normalarbeitstag gemacht und der Achtfundentag nicht wieder eingeführt wird.“ Solche Redensarten sind billig, wie denn auch der übrige Teil der Rede sich in der Kritik der sozialdemokratischen Politik bewegte und dagegen die Haltung der Kommunisten als richtig bewertete. Was fruchten Erklärungen wie folgende: „Wir Kommunisten wissen ganz genau, daß es der größte Betrug am Proletariat ist, von einem Parlament gerechte Lohnverordnungen zu erwarten.“ Das wissen schließlich auch andere Menschen, die sich nicht gerade Kommunisten zu nennen brauchen. Wenn schließlich alle Erlösung von der Revolution erwartet wird, so hat doch die Erfahrung gelehrt, daß diese nicht durch künstliche Pulver gemacht werden kann. Die proletarischen Opfer, die noch immer in den Gefängnissen schmachten, schreien aufeinander Ruth Fischer nach. Sie erklärt: Durch Blut, durch Elend und Verlorengehen werden die Arbeiter geschnitten müssen. Unersöhnlicher Haß ist die Parole Ruth Fischers! — Wir geben nur ein paar Stichproben aus all dem, was im Reichstag zur Sprache kam, und möchten auch nicht verstehen, dieses Schmutzgebilde noch durch einige Hinweise zu ergänzen, wie man im Zustand über die neue Situation in Deutschland denkt.

Der „Temps“, ein Pariser Abendblatt erblickt in der Regierungserklärung den Auftakt zu dem Versuch, die Weimarer Verfassung von innen heraus zu unterhöhlen und dadurch der monarchistischen Restauration in Deutschland die Wege zu ebnen. Ferner den Anfang einer passiven Resistenz gegen den Dawes-Plan. Das Zustand siehe dem nationalistischen Kabinett mit größtem Mißtrauen gegenüber. Ganz ähnlich lautet auch das Urteil der holländischen Presse. Die „Neue Züricher Zeitung“ gibt der Erwartung Ausdruck, daß die neue Regierung sich vorerst hüten werde, in der Außenpolitik den Kurs merklich zu ändern. Die Deutschnationalen würden sich wohl zunächst lieber mit innenpolitischen Fragen beschäftigen. Wenn auch nur im Tone des diplomatischen Notenwechsels die strammere nationale Haltung der Regierung zum Ausdruck komme, wären die Aussichten für die Förderung der marshallischen Stellung der deutschen Republik in der Welt wirklich vielversprechend. Die „Waller Nationalzeitung“ nennt die Erklärung durch die Regierung ein Programm der Unheiligkeit. Das sagt wohl genau, ohne weiteren Kommentar. Nun hat ja besonders die Rede des Grafen Westarp in Frankreich und England Mißtrauen hervorgerufen. Dieser hat klipp und klar gesagt, daß es den Deutschnationalen vor allem um Preußen geht. Erst will man hier wieder zur uneingeschränkten Macht gelangen, das weitere, so hofft



gabe erkannt, und handelt entsprechend. Es ist aber nur ein Teil, der sich bei Eifer, anerkennenswertem Geschick und Erfolg hingibt. Dagegen steht ein noch sehr großer Teil der Gewerkschaftsangehörigen in dieser Mitarbeit völlig teilnahmslos gegenüber, obwohl es niemanden dazu an Gelegenheit fehlt. Wird diese auch durch die Zusammenarbeit in Betrieben, den gegenseitigen Verkehr der Arbeiter außerhalb derselben, sowie bei sonstigen Anlässen in reichlichem Maße geboten. Doch eine solche Mitarbeit unterlassen wird, ist ein Fehler, der sich oft genug für die Arbeiter selbst schwer rächt, dürfte es doch zur Genüge bekannt sein, daß die unorganisierten unbildigen Anforderungen der Unternehmer selten den erforderlichen Widerstand entgegenzusetzen imstande sind. Ueberwiegt deshalb ihre Zahl im Betriebe, oder ist sie verhältnismäßig groß, so können die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter leicht eine direkte oder indirekte Verschlechterung erfahren, deren Beseitigung meist schwer zu erreichen ist. Gegen derartige Verschlechterungen bietet auch die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen keinen absoluten Schutz, denn der Tarifvertrag stellt nur Mindestforderungen auf, während das Bestreben der Arbeiter darauf gerichtet sein muß, über diese hinauszukommen. Viel größer und allgemeiner sind natürlich die Nachteile, die bei Lohn- und Arbeitskämpfen aus dem Vorhandensein größerer Massen unorganisierter Arbeiter entstehen. Fälle dieser Art sind jedem organisierten Arbeiter bekannt.

Wollen sich die organisierten Arbeiter gegen derartige Nachteile schützen, so müssen sie selbst mehr als bisher an der Werbetätigkeit für ihre Organisation teilnehmen. Die Fähigkeit dazu hat jeder Arbeiter und jede Arbeiterin, wenn auch nicht in gleichem Maße. Zu beachten ist, daß eine Werbetätigkeit nur dann wirklichen Erfolg bietet, wenn sie alles vermeidet, was abstoßend wirken kann. Das ist der Fall, wenn nicht an die Einsicht des zuwerbenden appelliert, sondern gewaltsam auf ihn einzuwirken versucht wird. Wenn gelingt es auch so, der Gewerkschaft Mitglieder zuzuführen. Sie sind jedoch für die Organisation ein zweifelhafter Gewinn. Der Gewerkschaftstätigkeit fremd und gleichgültig gegenüberstehend, suchen derartige Mitglieder sich in der Regel so bald wie möglich dem auf sie ausgeübten Druck zu entziehen, und bilden so ein fluktuierendes, unzuverlässiges Element in der Organisation. Sollen arbeitsfreundliche, auch zu Opfern bereit, im wirtschaftlichen Kampfe widerstandsfähige Mitglieder gewonnen werden, dann kann das nur geschehen, wenn man sie von der Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Anschlusses überzeugt, ihnen die Vorteile klar macht, die für sie wie für die gesamte Arbeiterchaft aus der Stärkung der Organisation entstehen. Besonders wichtig ist die gewerkschaftliche Werbetätigkeit unter den Jugendlichen. Aus ihren Kreisen rekrutiert sich der für die Gewerkschaften notwendige Nachwuchs an Mitgliedern wie Führern. Nicht minder wichtig erscheint die Werbung weiterer weiblicher Mitglieder, deren Zahl noch immer zu der großen Masse nicht organisierter Arbeiterinnen im starken Mißverhältnis steht.

Die auf Heranziehung weiterer Mitglieder gerichtete Werbungstätigkeit erfordert nicht unbedingt eine besonders entwickelte Redegabe. Es genügen dazu auch andere Mittel, wie Hinweise auf die Unterstützungseinrichtungen der Organisation, auf materielle Erfolge bei Lohnkämpfen, auf geeignete Artikel in der Gewerkschaftspress, oder Broschüren, Einladungen zu Gewerkschaftsveranstaltungen, Bildungsveranstaltungen usw. Wer bei solcher Mitarbeit gute Erfolge haben will, muß aber auch durch sein eigenes Beispiel wirken. Daran fehlt es zu oft! Ein recht großer Teil der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter nimmt gegenüber der gewerkschaftlichen Tätigkeit in der Organisation eine völlig passive Stellung ein. Deshalb ist der Besuch der Gewerkschaftsveranstaltungen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Vorträge und Bildungsveranstaltungen meist schlecht. Nur Versammlungen, in denen Lohnfragen behandelt werden, bilden hierin eine Ausnahme. Das ist verständlich, läßt aber die Teilnahmestärke der Arbeiter gegenüber anderen Veranstaltungen in keinem günstigen Lichte erscheinen. Werbend wirkt ein derartiges Verhalten auf neu gewonnene oder zu gewinnende Arbeiter nicht, ganz abgesehen davon, daß es den Gewerkschaftsfunktionären ihre auf die Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter gerichtete Tätigkeit erschwert, die Arbeitsfreundlichkeit untergräbt und schließlich zum Erliegen bringt.

Eine betrübende, den gewerkschaftlichen Anforderungen entsprechende Tätigkeit der Gewerkschaftsfunktionäre ist ohne intensive Mitarbeit der organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen nicht denkbar. Alle ohne Ausnahme bedürfen der Unterstützung und Anregung durch ihre Mitglieder. Nur aus einer derartigen Mitwirkung erwächst ihnen die Kraft, die inerten und besten Leistungen zu vollbringen. Zu dieser Mitwirkung bedürfen aber auch die Mitglieder der erforderlichen wirtschaftlichen Einsicht, der Kenntnisse der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Verhältnisse, Eigenschaften, die nur durch den Besuch der gewerkschaftlichen Versammlungen, Bildungsver-

anstaltungen, Lesen der Gewerkschaftspress und das Studium geeigneter Literatur zu erwerben sind. Dieses wäre anders, wenn diese Eigenschaften in weitem Umfang verbreitet sein würden. Mindestens hätten die kommunikativen Gewerkschaftszersplitterer unter solchen Umständen für die Ausbeute ihrer Zersplitterungssteine innerhalb der Gewerkschaften einen widerstandsfähigeren Boden vorgefunden. Es ist an der Zeit, daß hierin eine Besserung eintritt. Trage jeder dazu bei, bezogene Fehler gut zu machen, Versäumtes nachzuholen, dann wird und muß die Gewerkschaftsbewegung einen neuen mächtigen Aufschwung nehmen. **Matthias.**

**Das Ringen um den Achtstundentag.**

Der Arbeitsausschuß des Reichswirtschaftsrates und der Sozialpolitische Ausschuß desselben hat sich am 5. und am 10. Januar mit der Frage der Wiedereinführung des Achtstundentages in den Hochofenbetrieben, den Kokerieen und Kohlendestillationen beschäftigt. Es kennzeichnet die deutschen Unternehmer hinreichend, daß sie den Anträgen der Arbeitnehmer, den Achtstundentag wieder einzuführen, befähigen Widerstand leisteten. Diese Verhandlungen haben folgende Vorgeschichte:

Im Herbst des Jahres 1924 ersuchte das Arbeitsministerium den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat um ein Gutachten über die Möglichkeit der Wiedereinführung des Achtstundentages in den genannten Zweigen der Schwerindustrie. Maßgebend dafür ist der § 7 der Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923. Danach ist die Ueberziehung des Achtstundentages für Gewerbezeige oder Gruppen von Arbeitern, die unter besonderen Gefahren für Leben und Gesundheit arbeiten, insbesondere für Arbeiter im Steinhleibergbau unter Tage, sowie für Arbeiter, die in außergewöhnlichen Grade der Einwirkung von Hitze, giftigen Gasen, Staub und dergleichen oder der Gefährdung durch Sprengstoffe ausgesetzt sind, nur zulässig, wenn die Ueberziehung aus Gründen des Gemeinwohls dringend erforderlich ist, oder wenn sie sich in langjähriger Übung als unbedenklich erweisen hat und 1/2 Stunde nicht übersteigt. Der Reichsarbeitsminister bestimmte, für welche Gewerbezeige oder Gruppen von Arbeitern diese Beschränkung Platz greift.

Der Vorläufige Reichswirtschaftsrat übertrug das Gutachten einem besonderen Arbeitsausschuß. Dieser beschäftigte ein Institutswert bei Hamburg, um ein möglichst klares Bild über die Verhältnisse zu gewinnen. Nach Ansicht der Vertreter der Arbeitnehmer hat diese Beschäftigung nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die Notwendigkeit der Wiedereinführung des Achtstundentages ergeben. Anders dachten darüber aber die Unternehmer, die sich darauf beriefen, die ganze Frage zu verstreuen. So setzten sie es durch, daß auch noch Werte in Oberschlesien, in Bayern und im Sahn- und Distale beschäftigt wurden. Sie begründeten ihr Vorgehen damit, daß es notwendig sei, die Gesamtarbeit der Industrien zu berücksichtigen, die teilweise, z. B. im Sahn- und Distale, unter der irragfähigen Eigentümern seien. Dem Arbeitsausschuß wurde seitens der Werte ein reichhaltiges statistisches Material über die Lage der Angernehmungen vorgelegt. Um dieses Material zu sichten, stellte das Reichswirtschaftsministerium eigene Preisprüfer zur Verfügung. Die Entscheidung des Arbeitsausschusses sollte dann am 20. Dezember fallen. Das aber war nicht möglich, da die Preisprüfer mit ihrer Arbeit nicht fertig waren. Die Sitzung wurde dann auf den 5. Januar 1925 verlegt. In dieser Sitzung standen sich die Auffassungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer scharf gegenüber. Mit Stimmengleichheit wurden sämtliche Anträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, die sich für bzw. gegen diese Einführung der Achtstundenschicht ausgesprochen, abgelehnt. Der Ablehnung verfiel auch ein Vermittlungsantrag, der die bisherige Schichtzeit bis zum 1. Juli 1925 beibehalten wollte. Inzwischen sollte eine kleine Kommission aus Mitgliedern des Reichswirtschaftsrates gewählt werden, die nach Prüfung der ganzen Sachlage dann über die Wiedereinführung der Achtstundenschicht oder über die Beibehaltung der bisherigen Schicht entscheiden sollte. Der Sozialpolitische Ausschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates hat nun einen Antrag angenommen, in dem dem Reichsarbeitsminister empfohlen wird, ab 1. März Hochofenwerke, Verformungs- und Kohlendestillationsanlagen dem § 7 der Verordnung über die Arbeitszeit zu unterstellen. Damit hat sich der Reichswirtschaftsrat für die beschleunigte Wiedereinführung des Dreißtachtensystems (zu acht Stunden) in der Schwerindustrie ausgesprochen. Die Arbeitsverabteilung war mit einem absehbaren Antrag in der Minderheit.

**Die Tarifentwicklung im Jahre 1924.**

Das vergangene Jahr zeigt im allgemeinen eine regere Betätigung im Abschluß von Tarifverträgen als das Jahr 1923. War die Zahl der neu abgeschlossenen Tarifverträge im Jahre 1923 äußerst minimal, denn nur 10 Tarife wurden wieder verein-

bart resp. neu abgeschlossen, so gelang es 1924 30 Tarife abzuschließen. Die 10 Tarife, die 1923 abgeschlossen wurden umfaßten 842 Betriebe mit 4511 Personen, wovon 260 Betriebe mit 2200 Beschäftigten auf die Treibriemenindustrie kamen, die restlichen 9 Verträge waren Bezirks- und Ortsstarke der verschiedensten Branchen. Von den 30 neuen oder erneuerten Verträgen, die 1924 abgeschlossen wurden, entfielen auf die Lederverindustrie 5 Verträge mit 805 Betrieben und 14 205 Beschäftigten, wovon 4790 weibliche Beschäftigte waren. Ein Vertrag für die Treibriemenindustrie mit 260 Betrieben und 2200 Beschäftigten wurde erneuert. Im Tapezierergewerbe waren 16 Verträge, die erneut resp. neu abgeschlossen wurden; diese umfassen 689 Betriebe mit 2203 Beschäftigten, darunter 231 weibliche. Für die Handwerkslatter wurden 8 Tarife, 2 Bezirks- und 1 Ortsstarke abgeschlossen, die 1011 Betriebe mit 867 Beschäftigten umfassen. In der Fahrzeugindustrie wurden 3 Verträge für 67 Betriebe mit 863 Beschäftigten vereinbart. Se ein Tarif wurde für die Kette- und Pläne, sowie für die Pinoleumbranche getätigt, 33 Tarife mit 281 Betrieben fallen hierunter.

Aus den Jahren 1919-1923 sind noch 48 Tarifverträge in Kraft. Von diesen entfielen auf das Tapezierergewerbe 35 mit 2786 Beschäftigten in 670 Betrieben, 7 Verträge kommen für die Fahrzeugindustrie in Betracht mit 889 Beschäftigten in 73 Betrieben und 5 Tarife fallen auf die Handwerkslatter mit 140 Betrieben bei 281 Beschäftigten. Ein Tarif besteht noch für die Holenträgerkonfektion mit 150 Beschäftigten.

Durch den Reichstarif sind die sozialen Bestimmungen in der Treibriemenindustrie zentral geregelt. Auch in der Lederverindustrie gelang es, durch 5 Verträge - bisher nur 2 Bezirksstarke - die sozialen und materiellen Interessen der Beteiligten zu regeln. Verhältnismäßig kleine Gebiete mit wenig Beschäftigten, so in Baden, Rheinland-Westfalen und einige Orte in Ostbaltland, sowie in der Provinz Hannover hatten noch der tariflichen Regelung. Hoffen wir, daß das Jahr 1925 die Tarifregelung auch für diese Gebiete noch bringt.

Im Tapezierergewerbe, wo, wie bereits erwähnt, 35 alte und 16 neue, also zusammen 51 Tarifverträge bestehen, die die sozialen und materiellen Bestimmungen für 4969 Beschäftigte in 1359 Betrieben festlegen, ist gemessen an der Zahl in früheren Jahren, die Tarifentwicklung zurückgegangen. Besonders in den kleinen Orten sind die Tarifverträge außer Kraft getreten, weil die Zahl der Beschäftigten durch und nach der Inflation zu sehr reduziert worden war. Mittlere Städte, aber auch eine ganze Reihe von Großstädten hatten im kommenden Jahr der tariflichen Regelung.

In der Fahrzeugindustrie sind zusammen 10 Tarife für 140 Betriebe und 1774 Beschäftigte vorhanden. Auch hier ist die Zahl der Verträge und die Zahl der Beschäftigten, die im Tarifvertragsverhältnis stehen, erheblich zurückgegangen. Die Kollektivverträge, die zumeist die Metallarbeiter mit den noch in Betracht kommenden Verbänden abschließen, sind auf eine geringe Zahl herabgesunken. Auch hier wird die tarifliche Regelung manch harten Kampf erfordern und der Kontakt zeigt sich schon in den Kämpfen, die gerade in Stuttgart und Erfurt ausgetragen werden. **- f. g. -**

**Ursachen beschränkter Arbeitsfähigkeit auf dem gegenwärtigen Arbeitsmarkte**

Am 13. November 1924 tagten in Hamburg Vertreter der Arbeitsnachweise. Dort hielt der Direktor des Allgemeinen Krankenhauses Dr. W. B. Knack, der früher berat. Arzt am Arbeitsamt in Hamburg war, ein Referat, in dem er seine Erfahrungen und Feststellungen vortrug, die er in der Zeit vom 1. April 1921 bis 31. März 1922 gemacht hat. In diesem Zeitraum wurden von 463 632 männlichen und 169 450 weiblichen Erwerbslosen der ärztlichen Untersuchungsstelle zugewiesen 4320 männliche und 2467 weibliche, in Prozenten 0,9 und 1,4. Daraus schließt Dr. Knack, daß die große Mehrheit der Arbeitslosen nicht erwerbsfähig waren. Von den zur ärztlichen Untersuchung überwiesenen männlichen Personen wurden 21 Proz. der Gesamtzahl, von den weiblichen 15 Proz. ohne nachweisbare Erkrankung befunden. Eine völlige Körperliche und geistige Gesundheit könne ärztlich wohl kaum einwandfrei festgestellt werden. Durch allgemeine Körpererschöpfung oder Altersveränderungen waren männliche Personen beiderlei Geschlechts 10 Proz. Frauen 10 Proz. wegen Körpererschöpfung und 18,4 Proz. männliche bzw. 11 Proz. weibliche wegen Altersschwäche. Dem Referenten ist aufgefallen, daß Altersveränderungen nicht unerheblicher Art bereits im vierten Jahrzehnt bei der heutigen Arbeitskraft - also in recht frühem Alter - in Erscheinung treten. Die Krankheitserscheinungen waren: Krankheiten der Atmungsorgane bei Männern 3,6 Proz., bei Frauen 1,9 Proz.; Nervenleiden bei Männern 2 Proz., bei Frauen 1,8 Proz.; Krankheiten des Blut-

freistaufs, des Herzens, der Blutgefäße, männlich 6,3 Proz., weiblich 7,2 Proz.; Krankheiten des Nervensystems männlich 12,7 Proz., weiblich 9,4 Proz.; Geschlechts- resp. Unterleibsleiden wurden nur bei weiblichen mit 8,7 Proz. festgestellt, bei männlichen Personen waren Geschlechtskrankheiten selten. An Kriegsschäden litten 6,5 Proz.

Herr Dr. Knud kommt also, unbeschadet der allgemeinen Beobachtung, daß die große Mehrzahl der Arbeitstoten voll erwerbsfähig sei und nur nozungen nach Arbeit suchen muß, zu der Schlüsselfolgerung, daß die Arbeiter von heute schon mit 40 Jahren recht stark an Alterserscheinungen resp. Veränderungen tranken. Kurz gefaßt, sie sind mit 40 Jahren im allgemeinen schon recht stark verbraucht. Wenn das zutrifft, dann ist ja die Aussicht des Nachwuchses auf ein gesundes Dasein im vorgeschrittenen Lebensalter recht ungünstig.

**Aus unseren Berufstreifen.**

**Michael Wurm in Offenbach 65 Jahre alt!**  
Am 22. Januar konnte unser Kollege Wurm das 65. Lebensjahr vollenden und auf eine 33jährige Mitgliedschaft im Verband zurückblicken. Wurm ist der Gründer der dortigen Verwaltungsstelle, die am 1. Februar 1892 ins Leben trat. Wurm hat viele Jahre lang die Kassengeschäfte geführt und ward in unermüdlicher treuer Arbeit im Dienste des Verbandes wie der gesamten Arbeiterbewegung mit an erster Stelle.

Die Ortsverwaltung Offenbach hat dem Jubilar ihre besondere Anerkennung durch Ueberrichten eines Geschenkes bezeugt. Wie wir hören, wird Kollege Wurm bald in den wohlverdienten Ruhestand treten. Auch wir tragen dem Jubilar unsere herzlichsten Glückwünsche dar; möge er sich noch recht viele Jahre eines angenehmen Lebensabendes erlauben.

**Die Arbeitslosigkeit**

im Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeullerverband Ende Dezember 1924.

Von 200 Verwaltungsstellen mit 32.029 Mitgliedern, davon 6385 weiblichen, haben 75 Verwaltungsstellen mit 4410 Mitglieder, davon 197 weiblichen, nicht berichtet. Berichtet haben 125 Verwaltungsstellen mit zusammen 27.619 Mitgliedern, davon waren 5286 weibliche.

Am letzten Tage im Dezember waren arbeitslos 1709 Mitglieder, darunter 814 weibliche und 895 männliche = 6,2 Proz. gegen 7,6 im November. Die Weihnachtsarbeit hatte demnach eine kleine Besserung der Arbeitslosigkeit gebracht.

Vertüzt arbeiten:

	männl.	weibl.	zusammen
1 - 8 Stunden . . . .	634	185	699
9 - 16 " . . . . .	539	194	733
17 - 24 " . . . . .	1039	329	1368
25 u. mehr Stunden	2	—	2
zusammen	2225	679	2904

Die Kurzarbeit hat sich nur unwesentlich verbessert; von 10,5 ist sie auf 10,2 zurückgegangen. Die Berichterstattung hat sich nicht so verbessert wie es im Interesse der Sache erwartet werden muß. Hoffentlich berichten die Sämtlichen für den Monat Januar pünktlich und prompt.

Im allgemeinen ist die Arbeitslosigkeit im Deutschen Reich Ende Dezember auf 529.000 unterstufte Erwerbslose gestiegen. Die Zahl der Nichtunterstufte dürfte wohl ebenso hoch, wenn nicht höher zu schätzen sein. Es sollte vor allem dafür gefordert werden, daß diese Arme Arbeitstoten Arbeit und Brot finden. Das Unternehmertum stimmt aber nur darauf, wie es Arbeitskräfte sparen kann, um die Arbeitszeit zu verlängern. In England war das Meer der Arbeitstoten am 12. Januar auf 1.279.800 angewachsen. In Dänemark waren es 42.850. In Österreich wird die Zahl der Arbeitstoten auf 180.000 beziffert, wovon allein auf die Stadt Wien 94.000 entfallen.

Wir sehen daraus, daß diese moderne Gespens (die Arbeitslosigkeit) alle Völker heimlich, Not und Schreden, Krankheit und Tod im Gefolge.

**Zum Zustand der Digiwerke in Eisenach.**

Nach fast zehnwöchentlicher Dauer ist der Streik für unsere Sattler beendet und wie uns eine Zuschrift von der dortigen Ortsverwaltung bestätigt, nicht ganz ohne Erfolg für die Metallindustriearbeiter. Nach dem der Tarifvertrag für Thüringen abgelaufen war, drängte man auf örtliche Vereinbarungen, die aber von den Metallindustriellen bekämpft wurden. Es wurden Schiedsprüche gefällt, die für die Arbeiterschaft unannehmbar waren. Die Folge war der Streik. Und der Erfolg war, daß nicht der Schiedspruch, der eine wesentliche Verschlechterung brachte, sondern der soziale Gehalt des alten Tarifs wieder

zur Geltung kam. Die gefestigte Arbeitszeit, 48 Stunden wöchentlich, Ferien 4 Tage im ersten Jahr, steigend bis 9 Tage. Auch der Lohn wurde erhöht. Sogar wäre der Lohn weiter erhöht worden, wenn die Kampfteilnahme in allen Orten Thüringens in der Gesamtmetallindustrie energische Unterstützung gefunden hätte. Aber durch das schlechte Organisationsverhältnis, das in einzelnen Orten Thüringens bei den Metallarbeitern herrscht, war in der Lohnfrage ein weiterer Erfolg nicht zu erreichen. Die Streikenden in Eisenach standen bis zuletzt.

Einen besonderen Erfolg haben die Sattler bei Digi infoloren erreicht, daß neben der allgemeinen Lohnerhöhung noch für Facharbeiter eine Stundenzulage von drei Pfennig gezahlt wird. Des weiteren betonten die Kollegen in ihrer Zuschrift, daß es nicht nur die Einigkeit unter ihnen war, was nach zehn Wochen Kampf das Ergebnis brachte, sondern auch die hilfsbereite Solidarität der Berufskollegen der anderen Orte. Nicht nur die geübliche Unterstützung, sondern auch die Tat der Solidarität zeigte, wie z. B. in Berlin und Hannover, wo Streifarbeiter energisch unterstützt wurde, daß nur Zusammenfluß in unserer Organisation und unerschütterliches Festhalten an unseren gewerkschaftlichen Grundfäden zum Erfolg führen.

**Korrespondenzen.**

**Mannheim.** In der Generalversammlung vom 15. Januar gab Kollege Blüke den Jahresbericht. Die klare Uebersicht über die geleistete Arbeit und ihr Erfolg wurde allseits anerkannt. Der Kassensbericht des Kollegen Dornbach ließ ersehen, daß der Markterverkauf ein sehr guter war, das Fundament für eine starke Kasse gelegt. Bei der Vorstandswahl wurde zur allgemeinen Zufriedenheit unser altbewährter Kollege Blüke gewählt, den Vorsth weiterzuführen. Auch die übrigen Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt. Nur der erste Schriftführer wurde neu gewählt. **Willy Dornstädter.**

**Zeitz.** Am 17. Januar fand hier eine Versammlung der Firma Scholle, Lederwarenfabrik, statt. Der Besuch war gegenüber dem des vergangenen Jahres ein sehr guter. Gausleiter Busch referierte über den Tarifvertrag, der mit dem Bund Berliner Lederwarenfabrikanten und dem Verband abgeschlossen ist, zu dem auch die Provinz Sachsen gehört und die Firma Scholle, Zeitz. Nach der Verbindlichkeitsklärung des Tarifvertrages ist auch die Firma Scholle verpflichtet, die Höhe des Tarifvertrages zu zahlen. Gausleiter Busch bringt die wichtigsten Bestimmungen des Tarifes zur Kenntnis. Es liegt an den Kollegen, daß der Tarif auch für die Firma Scholle Geltung bekommt. Die Kollegen müssen sich dem Verband wieder reiflos anschließen, dann kann bei der Firma etwas erreicht werden. Es folgte eine rege Diskussion. Ein freier Zustand ist die Lehrlingszählerei bei der Firma, wo neben circa 35 Gehilfen 22 Lehrlinge gehalten werden. Zur Sprache konnten noch einige Differenzen von Kollegen der Firma aus der Diskussionszeit. Kollege Busch ermahnt diese zum Eintritt in den Verband. Kollege Busch erhält den Auftrag von der Besetzung der Firma Scholle, bei Nichtzahlung des Tarifes gerichtliche gegen die Firma vorzugehen. Unversehrt 32 männliche und 5 weibliche Kollegen. Es wurden eine Anzahl neue Aufnahmen gemacht. **Früch auf, ans Werk!**  
Der Vorstand. **W. Bindau.**

**Cohnbewegungen und Streiks.**

**Jahrzeugindustrie.**

Sindelfingen bei Stuttgart. Ab 1. Dezember wurde die ganze Beschäftigung bei Daimler ausgeparnt, 150 Kollegen sind dabei betroffen. **Eisenach.** Der Streik bei der Firma Digi ist mit Erfolg für unsere Kollegen beendet. **Hilm a. d. Donau.** Teilstreit in der Karosserieabteilung bei der Firma C. D. Magirus geht weiter. **Lederwarenfabrik.**

**Landberg a. d. W.** Der Lohnstreik bei der Firma May Koberslein geht weiter. Besonders sei darauf verwiesen, daß die Firma fast ständig in den auswärtsigen Zeitungen annouciert, um billige Arbeitskräfte zu bekommen. **Tapezierergewerbe.**

**Darmstadt.** Die Tapezierer bei Glücker und bei Lrier stehen im Lohnstreik. **Mebel streng die bestreikten Orte!**

**Adressenveränderungen.**

**Haynau.** Kass.: August Grunert, Bismarckstr. 6. **Vestau.** Kass.: Arhur Schröder, Friederikenstr. 25. **Darmstadt.** Kass.: Karl Wegel, Eberstadt b. Darmstadt, Frankenstein Str. 14. — Kass.: Peter Eberhardt, Darmstadt, Stiftstr. 40.

**Oberhausen.** Kass.: Eugen Frey, Duisburg-Weiderich, Esen-Stieher Str. 8. **Braunshweig.** Kass.: Robert Bormann, Heitbergstr. 21.

**Altenhof (Werra).** Kass.: Carl Schimpf, Polsterer, Schulstraße.

**Eberfeld.** Kass.: Becker, Paradestr. 57. **Konstanz.** Kass.: Karl Wächter, Gebhardtstr. 5.

**Berlingswalde.** Kass.: Otto Böhle, Hilmshofstr. 43.

**Verbandsnachrichten.**

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen.)

In der Woche vom 26. bis 31. Januar ist der fünfte Beitrag für 1925 fällig.

Pünktliche Beitragszahlung ist Ehrensache für jedes Mitglied.

**Gebundene Sattler-, Tapezierer- und Portefeuller-Zeitungen.**

Wir haben noch eine Anzahl Jahressbände für das Jahr 1923 und für 1924 am Lager und geben den Band zum Preise von 2 M. ab. Bestellungen bitten wir an Kollegen Alfred Kiedel, Brückenstr. 10b, Berlin SO. 16, zu richten.

Mit dieser Nummer der Verbandszeitung gehen den Verwaltungsstellen die grauen Berichtstarten für den Monat Januar zu. Erhebungstag ist Sonnabend, der 31. Januar. Wir erlauben die Ortsverwaltungen die Kassen genau ausgefüllt bis spätestens zum 7. Februar an uns einzuliefern.

Bei Umschreibung von vollen Mitgliedsbüchern sind Karten zu stellen, daß einzelne Mitglieder, jedenfalls bei Kurzarbeit, niedrigere Beiträge leisten, als sie nach Nachtrag 1 verpflichtet sind. Dieses ist unzulässig und schädigt das Mitglied selbst, weil im Unterfall immer noch der niedrigsten Marke, welche sich unter den zuletzt gezahlten 26 Wochenbeiträgen befindet, die Unterstützung berechnet wird. Für Kurzarbeiter gilt der § 7 Abs. 1, welcher bestimmt, daß Kurzarbeiter für je 48 ausfallende Stunden 1 Erwerbslosentag geleistet werden kann, jedoch müssen diese 48 Stunden in einem zusammenhängenden Zeitraum von 5 Wochen sein.

Der Kassierer.

**Versammlungskalender.**

**Zeitz.** Donnerstag, den 5. Februar, abends 7 1/2 Uhr, bei Steinerts: Außerordentliche Versammlung.

**Ortsverwaltung Berlin.**

**25. Stiftungsfest der Branche der Einsteuerverleger u. Teppichnäher**  
Sonnabend, den 14. Februar 1925, in den Gesamträumen des Gewerkschaftshauses, Engelstr. 24/5. **Seitensprogramm:** Herr Josef Flaut: Ernte und Getreide-Regulationen — Madonnen-Orchester „Gau-Deo“ (Dirigent H. Goffen) — Gesangsverein „Kometen“ (Mitglied des Deutschen Arbeiter-Sänger-Bundes). — Nach den Vorträgen: Tanz.

**Die Zeitzer Ortsverwaltung** feiert am 7. Februar ihr 20jähriges Bestehen. Gausleiter Busch hält über die Gründung und Entwicklung der örtlichen Ortsverwaltung die folgende Rede: **Die Ortsverwaltung.**

**Vertreter Rundschornrunder Mehr. Hüf. Polsterer** besteht in Leder-Arbeitsbüchern bei von großer Wertigkeit. **Wesentliche Sigmundfabrik Schmidt & Co.** **Wermelskirchen (Rhld.)**

**Mehrere befähigte Polsterer** auf Leder- und Stoffmöbel zum sofortigen Einsetzen suchen neuen guten Verdienst **Wesentliche Sigmundfabrik Schmidt & Co.** **Wermelskirchen (Rhld.)**

**Alleingeführte Lederwarenfabrik** in Norddeutschland sucht einen tüchtigen, soliden **Fachmann,** der in der Lage ist, die **Garnituren-Fabrikation** (Stuhl- und Polster-) einzurichten und weiterzuführen. Nur wirklich gute, arbeitstreuere Arbeiter sind zu haben. Angebote mit Lichtbild, Zeugnisabschriften und Gehaltsanforderung unter H. D. 154 an Herrn-Dankenstein & Vogler, Berlin W. 35.